

Presse-Dialog von Landrat Michael Makiolla | 25.11.2015 | Ökologiestation |

Thema: Integration von Flüchtlingen

Es gilt das gesprochene Wort

Vor gut einem halben Jahr haben wir uns hier zum letzten Presse-Dialog getroffen. Ich habe damals einige Ausführungen zu meinem Schwerpunktthema „Bildung“ gemacht und auch die Flüchtlingsthematik gestreift.

Inzwischen stellen alle Städte und Gemeinden sowie der Kreis selbst in irgendeiner Form Unterkünfte für Flüchtlinge bereit. Sie wissen, dass einige Kommunen bereits Überlastungsanzeigen gestellt haben, Verschnaufpausen erbitten und auch bekommen, aber – und daran gibt es aus meiner Sicht keinen Zweifel – von Land und Bund nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden können.

Ich werde heute nicht auf die Unterbringungsprobleme eingehen, der Kreis hat ja auch zwei Notunterkünfte bereitgestellt – die sind allseits bekannt. Ich möchte gerne den Blick über die Anstrengungen zur angemessenen Unterbringung der bei uns Schutzsuchenden hinweg auf Phase 2 lenken: die Integration der zugewiesenen Asylbewerber, also der Menschen, die wahrscheinlich dauerhaft bei uns bleiben werden.

Vor der Klammer möchte ich aus aktuellem Anlass aber noch ein paar Anmerkungen zu den finanziellen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung machen.

Dabei möchte ich an eine Aussage bei dem bereits erwähnten Presse-Dialog im Mai anknüpfen:

1. „Flüchtlingspolitik ist eine gesamtstaatliche, eine Bundesaufgabe, deren Finanzierung nicht den Städten und Gemeinden überlassen werden darf.“

Hier hat sich seit dem Frühsommer einiges bewegt. Kostenneutral ist die Versorgung der bei uns Schutzsuchenden Menschen aber noch längst nicht. Deshalb sind die für die Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge zuständigen Städte und Gemeinden vor allem über ihre Spitzenverbände – den Städte- und Gemeindebund und den Städtetag - weiter am Ball und im Dialog mit dem Land.

Es geht aber nicht nur um die Finanzierung der Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge vor Ort. Bund und Land beschleunigen die Registrierungs-, Zuweisungs- und Asylverfahren. Damit ist absehbar, dass die Zahl der anerkannten, erwerbsfähigen und arbeitsberechtigten Asylbewerber steigen wird. Ebenfalls klar ist: Finden sie kein ausreichendes Auskommen, werden sie zu Beziehern von Arbeitslosengeld II. Und damit ist der Kreis beteiligt.

Wir sind bekanntlich zuständig für die Kosten der Unterkunft, und zwar nicht nur für Miete und Strom, sondern auch für die Erstausrüstung der Bezugsberechtigten insbesondere mit Mobiliar und Kleidung. Diese Entwicklung haben wir im Haushaltsplanentwurf für 2016 aus gutem Grund schon eingearbeitet.

Wir müssen aber weiter - an 2017 und die Folgejahre - denken. Ich gehe davon aus, dass die Kosten der Unterkunft insgesamt steigen werden und sage bereits jetzt ganz deutlich: Über die Kreisumlage – also

durch die ohnehin bis an ihre finanzielle Belastungsgrenze geforderten Städte und Gemeinden - wird das nicht zu machen sein.

Gerade mit Blick auf den sozialen Frieden und eine ab und zu bereits anklingende Neid-Diskussion darf die Angst vor Verteilungskämpfen keinen Nährboden finden.

Ich habe eingangs schon betont: Die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Deren Bewältigung muss und kann also nur in Berlin stattfinden. Insbesondere Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble ist hier gefragt. Wenn er nur auf eine schwarze Null für den Bundeshaushalt hinarbeitet, zielt er an den Herausforderungen unserer Zeit vorbei.

Eine graue Null beim Bund würde schon reichen, damit die Kommunen Licht am Ende des Tunnels sehen. Und dies ist zu schaffen, wenn sich der Bund wieder stärker an den Kosten der Unterkunft beteiligt. Der Satz liegt seit Jahren bei 26,4 Prozent – bei einem Ansatz von 96,6 Millionen im Haushaltsplanentwurf für 2016 macht das rund 25 Millionen Euro aus.

Dieser Prozentsatz muss deutlich nach oben gehen. Die Landkreisversammlung des Landkreistages NRW hat deshalb in der letzten Woche in Düsseldorf eine auskömmliche Finanzierung der erwarteten Kosten gefordert. Angesichts eines möglichen, im dreistelligen Millionenbereich liegenden Mehraufwandes steht eine Anhebung der Bundesbeteiligung auf 39 Prozent in Rede.

Das ist ein Quantensprung. Ich sage aber deutlich: Es ist nicht die Zeit für Trippelschritte. Große Herausforderungen brauchen mutige – auch finanziell mutige und vor allem nachhaltige Lösungen. Ich erwarte von der Bundesregierung diesen Mut, diese Solidarität und eine Orientierung gebende Vorbildfunktion für Länder, Kommunen und Bevölkerung.

Ich habe eingangs erwähnt, dass wir uns im Kreis nicht nur mit Phase 1 beschäftigen, sondern weiterplanen und -arbeiten. Hier möchte ich ebenfalls an Aussagen beim letzten Presse-Dialog anknüpfen.

2. „Im Kreis Unna rechnen wir damit, dass wir im Jahr 2015 insgesamt mehr als 2.600 Flüchtlinge kommunal unterzubringen haben.“

Die Prognose aus dem Frühsommer passt vergleichsweise gut: Am Stichtag 31. Oktober 2015 gab es im Kreis rund 2.930 zugewiesene Asylbewerber. (Anlage 1)

3. „Ich möchte, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler die deutsche Sprache beherrschen, einen Schulabschluss machen und erfolgreich eine Berufsausbildung absolvieren.“

Das ist eine andere, von mir gemachte Aussage und die hat natürlich Bestand.

Denken wir beide Aussagen zusammen, eröffnen sich neue politische und gesellschaftliche Betätigungsfelder – vor allem aber eröffnen sich vor Jahren so nicht erwartete Zukunftsperspektiven - und dies in absehbarer Zeit.

Die Menschen, die hier Schutz und eine neue Heimat suchen, sehen uns als ihre große Chance und ich bin fest davon überzeugt: Diese Menschen sind auch unsere große Chance. Wir müssen nur die Weichen richtig stellen.

Inbesondere junge Menschen sind die Zukunft eines jeden Landes. Wir hier in Deutschland werden bekanntlich aber eher weniger. Anfang 2015 hatten wir rund 58.630 Kinder und Jugendliche bis zu 16 Jahren. Anfang 2020 wird ihre Zahl laut Bevölkerungsprognose auf 54.260 sinken. Das heißt: Uns fehlen in nur fünf Jahren 4.370 Kinder und Jugendliche. (Anlage 2)

Das ist eine Gefahr für unsere Solidargemeinschaft, für unser Sozialwesen wie auch für unsere Wirtschaft und die daraus erwachsende Steuerkraft – also unseren Wohnstand.

Aber! Wir haben Glück. Es kommen Menschen zu uns. Vor allem: Es sind junge Menschen. In November - und ohne die Daten der Ausländerbehörde Lünen - haben wir rund 2.450 Personen erfasst, die bei uns mit einer Aufenthaltserlaubnis oder als zugewiesene Flüchtlinge leben. Davon sind 26 Prozent, also über ein Viertel jünger als 16 Jahre. (Anlage 3). Dazu kommen rund 250 Flüchtlinge zwischen 0 und 18 Jahren, die bei der Lünen Ausländerbehörde registriert sind.

Hier wächst also ein Teil unserer Zukunft heran - wir müssen nur die Augen aufmachen, verstehen und mehr als bisher auch konsequent handeln und Wege ebnen.

Wir in Deutschland sind nicht wirklich bange vor Herausforderungen. Ich erinnere an die Flüchtlingswellen nach dem Zweiten Weltkrieg oder an die Aussiedler- und Spätaussiedlerströme insbesondere aus Polen und der Sowjetunion in den 1970er bis 90er Jahren.

Doch wir sind besorgt, weil wir fürchten, dass das uns bekannte Deutschland vielleicht verschwinden könnte angesichts der aus anderen Kulturkreisen kommenden Menschen.

Ich sage: Ganz sicher wird es anders werden – das ist ja das typische an der Zukunft. Ich sage aber auch: Wie was anders wird, das haben wir – die Bürgerinnen und Bürger, die Politiker und die viel beschriebenen gesellschaftsrelevanten Gruppen – jetzt und hier in der Hand.

Mir ist nicht bange: Wir im Kreis Unna können Integration, wir haben eine fast 30-jährige Erfahrung. Natürlich, wir haben auch Fehler gemacht. Was aber zählt ist, dass wir es jetzt besser machen können. Viele sind auf dem Weg und auch die Kreisverwaltung richtet sich neu aus.

Was uns trägt, ist einfach: Wir wollen integrieren, nicht ignorieren, isolieren oder separieren.

Dabei machen wir gerade vielleicht erst kleine Schritte, aber die machen wir trittsicher und richtig und ohne zu vergessen, dass nicht nur Flüchtlingskinder Betreuung und Förderung benötigen.

Lassen Sie mich einige Beispiele geben:

Betreuung im Vorschulalter | unbegleitete Flüchtlingskinder

Der Fachbereich Familie und Jugend beim Kreis arbeitet in fast allen Arbeitsfeldern mit den zugewiesenen Flüchtlingsfamilien und unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Deshalb will ich mich auf drei Bereiche beschränken.

1. Bekanntlich haben auch zugewiesene Flüchtlingskinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Anspruch auf Betreuung. Derzeit wird das Angebot nur wenig in Anspruch genommen – sicher auch, weil die Flüchtlinge erst einmal ankommen müssen.

Im Rahmen des Anmeldeverfahrens für das kommende Kindergartenjahr werden wir auf den dann ermittelten Bedarf reagieren, also gegebenenfalls weitere Betreuungsplätze in Bönen, Fröndenberg und Holzwickede schaffen. Derzeit gehen übrigens gut 1.750 Kinder in den drei Kommunen in eine Tageseinrichtung, davon sind knapp 420 Plätze für unter Dreijährige da.

2. Bereits in diesem Jahr angelaufen ist das Landesprogramm „Betreuung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien“. Hier lernen die Kinder in Spielgruppen und unter Einbeziehung der Eltern das Kindergartenleben kennen und werden auch schon gezielt gefördert.

In den Spielgruppen werden bis zu fünf Kinder betreut. Die Kosten von 30 Euro pro Stunde trägt das Land. Angedockt sind die Angebote beim „Schatzkästchen“ in Bönen, beim Familienzentrum St. Josef Fröndenberg und in der Kita der katholischen Liebfrauen-Gemeinde in Holzwickede. Das gebuchte Stundenkontingent für derzeit 30 Kinder beträgt 515 Stunden. Die Zahlen werden 2016 deutlich steigen. Dann gehen wir von 45 Kindern mit insgesamt fast 2.000 Stunden aus. **(Anlage 4)**

3. Auch die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge beschäftigen uns. Da die Unterbringungsmöglichkeiten bundesweit erschöpft sind, rechnen wir für Bönen, Fröndenberg und Holzwickede mit Zuweisungen im zweistelligen Bereich. In Rede stehen aktuell 20 bis 30 unbegleitete Minderjährige.

Um vorbereitet zu sein, nutzen wir die Chance der interkommunalen Zusammenarbeit. Das Jugendamt beim Kreis hat sich bereits vor Monaten mit den anderen sieben Jugendämtern im Kreis zusammengeschlossen und Gespräche mit den hiesigen Trägern wegen der Schaffung neuer Betreuungsplätze geführt. Mit Erfolg: Insgesamt wurden kreisweit rund 160 neue Plätze avisiert. Davon sind knapp 30 Plätze bereits realisiert, ungefähr 25 weitere Plätze werden im Dezember zur Verfügung stehen.

Gerade bei den unbegleiteten Kindern und Jugendlichen ist die schnellstmögliche Integration das Ziel. Und hier sind wir erfolgreich am Werk.

Integration in den Schulalltag

Zugute gekommen ist uns in diesem Aufgabenbereich die vom Kommunalen Integrationszentrum geleistete Vorarbeit – im Besonderen meine ich das auch Ihnen vertraute, seit 2011 praktizierte Go-In-Verfahren.

Sie erinnern sich: Egal, woher und warum Kinder und Jugendliche aus anderen Ländern zu uns kommen: Wir wollen sie so schnell wie möglich integrieren und schaffen dies in der Regel auch in wenigen Wochen dank eines erprobten und bei allen Beteiligten eingespielten Verfahrens. Das macht sich jetzt bezahlt.

Allein bis Ende Oktober haben wir gut 380 Vermittlungen durchgeführt, ein Großteil davon in Grundschulen und weiterführende Schulen, aber auch der schulische Quereinstieg in die Berufskollegs steigt. **(Anlage 5)**

Das sind gute Nachrichten, denn 60 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind zugewiesene Flüchtlinge – also junge Menschen, die sich über die Schule in ihre neue Heimat zu integrieren lernen, in unserem Bildungssystem Tritt fassen und – davon bin ich fest überzeugt – ihren beruflichen Weg machen und damit der Allgemeinheit das, was wir in sie investiert haben, zurückgeben werden.

Als Kreis sind wir Träger von fünf Berufskollegs. Insgesamt werden derzeit 80 junge Flüchtlinge nach Go-In-Vermittlung beschult. Allein am Lippe Berufskolleg in Lünen sind es 35, am Hansa Berufskolleg in Unna 20.

Erster Integrationsbaustein ist die Bereitstellung eines Schulplatzes und das Erlernen der deutschen Sprache. Dazu ist die Einrichtung sogenannter internationaler Förderklassen möglich. Die Berufskollegs haben inzwischen die Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen im zwei- bis dreimonatigen Turnus verabredet.

Im Boot ist natürlich das Kommunale Integrationszentrum, aber auch die Schulverwaltung, denn die jungen Flüchtlinge werden selbstverständlich in das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ einbezogen. Und ebenfalls mit dabei sind die schulpsychologische Beratungsstelle, die Agentur für Arbeit und das Jobcenter.

Sie sehen also: Auch wir als Kreis kümmern uns um die Flüchtlingsfrage. Wir benennen die Probleme nicht nur, wir finden auch Lösungen.

Und ich denke, wenn alle weiter so mitziehen, meistern wir mit verschiedenen, durchaus auch kleinen Schritten eine große Herausforderung.

In diesem Sinne: Packen wir's an.